

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

24. Juni 2016

Verfassungsschutzbericht heute vorgelegt:

Salafistische Gruppen in Baden-Württemberg unter stärkerer Beobachtung Entwicklung der AfD muss aufmerksam beobachtet werden

Uli Sckerl zur Vorlage des Verfassungsschutzberichtes für Baden-Württemberg: „Die Gefahr des islamistischen Terrors ist auch in Baden-Württemberg spürbar näher gerückt. Auch aus diesem Grund ist für uns Grüne klar, dass wir den Verfassungsschutz brauchen und stärken müssen, um solche Gefahren frühzeitig aufzuspüren und zu identifizieren“. Dazu gehörten auch die Bestrebungen von Salafisten in Baden-Württemberg, weitere Anhänger für terroristische Aktivitäten oder Reisen z.B. nach Syrien zwecks Rekrutierung durch den sog. „Islamischen Staat“ zu gewinnen. Der Salafismus müsse dauerhaft Beobachtungsobjekt sein. Hierin stimmten Grüne und CDU in der Innenpolitik des Landes überein.

Sckerl weiter: „Die Herausforderungen des Terrorismus haben uns auch bestärkt, in den Koalitionsverhandlungen den Aufbau einer polizeilichen Sondereinheit zentral beim Landeskriminalamt vorzuschlagen. Dies wird jetzt realisiert werden, um die Polizei präventiv und operativ zu stärken. Das sind wir der Sicherheit unserer Bürger*innen einfach schuldig“.

In den letzten Tagen sei angesichts antisemitischer Umtriebe von Mitgliedern der AfD vermehrt nach dem Verfassungsschutz gerufen worden. Was verfassungsfeindliche Bestrebungen von Teilen der AfD und Kontakte von AfD-Funktionären zum Rechtsextremismus angehe, so ist es laut Sckerl, der seit dem 23. Juni auch dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Landtags (PKG) vorsteht, der alleinigen Entscheidung des Landesamtes für Verfassungsschutz im Benehmen mit den Verfassungsschutzbehörden von Bund und den Ländern vorbehalten zu entscheiden, in welchem Umfang hier Beobachtungen stattfinden. Die Politik könne das nicht bestimmen. Die Grünen gehen selbstverständlich davon aus, dass das Landesamt für Verfassungsschutz die Entwicklungen der AfD auf diesem Sektor stets sorgfältig im Blick hat. „Dies entbindet uns allerdings nicht von der Aufgabe, im politischen und gesellschaftlichen Raum, auch im Landtag von Baden-Württemberg, Antisemitismus und Rechtsradikalismus entschieden zurückzuweisen und die AfD zu entlarven“, fügte Uli Sckerl hinzu.